

Provokation

Als ob es nicht gereicht hätte, dass die Pegida-Bewegung nach bereits sechs erfolgten Kundgebungen vier weitere Demonstrationstermine bis Ende Mai angemeldet hat, musste sich Karlsruhe für wenige Tage auf einen weiteren Demonstrationstag am kommenden Sonntag einstellen. Doch wenigstens dieser Spuk ist nun vorbei, der Anmelder hat zurückgezogen. Die geplante Aktion am Karlsruher Hauptbahnhof wurde organisiert von einer Person, die angeblich nichts mit der rechtsextremen und inzwischen in verschiedenen Gruppen aufgespaltenen „Hogesa“ zu tun hat. Doch wer mochte dies angesichts der aggressiven Diktion und der Optik der im Internet verbreiteten Werbung glauben?

Kommentar

Man muss zwar nicht alles glauben, was im Internet steht, und in der besagten rechtsextremen Szene gehört eine Portion Großmäuligkeit zum System, doch Karlsruhe hätte sich auf eine unkalkulierbare Situation einstellen müssen – und die Polizei auf einen weiteren belastenden Großeinsatz, der nun zum Glück ausfällt.

Die Methode ist klar: Karlsruhes Bürgergesellschaft sollte provoziert werden. Der Protest dagegen formierte sich bereits, und das war gut so. Wieso der Anmelder zurückgezogen hat, ist nicht zu eruieren. Vielleicht war es eine gute Einsicht, vielleicht auch der Respekt vor der zu erwartenden Gegenbewegung am Sonntag. Zu vermuten ist aber eher, dass das „Hogesa“-Umfeld massiv zerstritten ist.

Theo Westermann

Diskussion über grüne Gentechnik

BNN – „Grüne Gentechnik – Chance oder Risiko?“ ist eine Veranstaltung der FDP überschrieben, die am morgigen Freitag um 18 Uhr im Schallender, Haid- und Neu-Straße 18, beginnt. Der Eintritt ist frei.

Auf dem Podium sitzen Horst Rehberger, Bürgermeister und Minister a.D., der ehemalige Leiter des Max-Rubner-Instituts Klaus-Dieter Kany, Peter Nick, der Professor für Molekulare Zellbiologie am KIT ist, sowie Holger Puchta, Professor für Molekularbiologie am KIT.

In Hagsfeld formiert sich der Widerstand

Bürgerinitiative gegen den Ausbau der Bahnstrecke wird aktiv / Regionalverband mahnt

Von unserem Redaktionsmitglied
Theo Westermann

Nun regt sich massiv der Bürgerprotest in Hagsfeld – und Auslöser sind die Deutsche Bahn und ihre Korridorstudie Mittelrhein. Was den Verkehr angeht, sind die Hagsfelder Kummer gewöhnt – ihr Ärger konzentrierte sich aber auf den Auto- und Lkw-Verkehr. Die Bahnstrecke mitten durch den Stadtteil gehört da fast schon zum Inventar. Aber als die Planungen der Bahn über einen möglicherweise vierspurigen Ausbau der Bahn mitten durch den Ort nach Jahren in den Schubladen vor wenigen Wochen auf die politische Agenda geriet (die BNN berichteten mehrfach), verstand so mancher Bürger die Welt nicht mehr. Dieser Ärger macht sich nun Luft und zwar in der Gründung einer Bürgerinitiative. Sie heißt „Hagsfeld-zweigleisig“ und ist gerade dabei, Mitstreiter zu sammeln. Sie sieht im Ort neben den vorhandenen Gleisen – in einem Teilabschnitt liegen ja noch zwei Stadtbahn-gleise zusätzlich neben den DB-Gleisen – keine Möglichkeit für weitere Gleise, andererseits befürchtet sie eine zusätzliche Belastung durch Lärm, Feinstaub sowie Schäden durch Erschütterungen. Sprecher der noch jungen Gruppe ist Björn Stieler.

Die Korridorstudie

Er bezieht klare Position: „Diese Studie ist nicht hinreichend“, sagte Stieler gegenüber den BNN. Die Vorstellungen der Deutschen Bahn, mitten durch Hagsfeld die bisherigen zwei auf vier Gleise zu erweitern, kann er nur kopfschüttelnd kommentieren. „So geht das gar nicht“. Mitstreiterin Maria Ivancevic-Mengen ärgert sich vor allem über die Informationspolitik. Wie viele andere hat sie von den Planungen erst aus den BNN erfahren. „Wann hätten wir als direkte Anwohner informiert werden sollen, dass vom Hauptbahnhof Richtung Graben-Neudorf das Bahngleis von jetzt zwei auf vier Spuren ausgebaut werden soll, dass es eine Zunahme von jetzt 250 auf 660 Züge pro Tag unter Wegfall unseres Lärmschutzwalls sein wird?“ Heute Abend trifft sich die Bürgerinitiative in Hagsfeld zu einem Arbeitstreffen. Am 29. April ist eine Vortragsaktion mit Abgeordneten und Vertretern von Fraktionen geplant.

Hintergrund ist die von der Politik gewollte und in Verträgen etwa mit der Schweiz festgelegte Kapazitätserweiterung für den Güterverkehr auf der



DEUTLICH MEHR GÜTERZÜGE als bisher will die Deutsche Bahn durch Hagsfeld schicken. Allerdings müsste dafür die Strecke ausgebaut werden – was die Bürger auf die Palme bringt.
Foto: jodo

Schiene. Die Bahn erwartet auf der europäischen Haupttrasse Rotterdam – Genua stark steigenden Güterverkehr. Deutschland ist massiv im Verzug. Das gilt auch für die Hauptstrecke über Mannheim, Graben-Neudorf und Karlsruhe nach Süden. Die jüngst durch das Bundesverkehrsministerium vorgestellte Korridorstudie empfiehlt unter anderem den vierspurigen Ausbau zwischen Graben-Neudorf und Karlsruhe. Der angedachte Bypass über die Pfalz, den Rhein und die sogenannte Dammstoecker Kurve ist vom Tisch. Außerdem empfiehlt die Studie ein drittes Gleis zwischen Karlsruhe und Durrmsheim.

Die Politik

Dies alles dient zur Vorbereitung eines neuen Bundesverkehrswegeplans. Die Abgeordneten haben sich in dieser Sa-

che bereits positioniert. Deren Tenor: Ausbau des Güterzugverkehrs ja, aber die Auswirkungen auf Hagsfeld und die Region müssen minimiert werden. So verlangt beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther (CDU) einen klaren Fokus auf die Interessen der Anwohner. Der Landtagsabgeordnete Johannes Stober (SPD) fordert einen Tunnelbau, vergleichbar mit dem geplanten Tunnel für Offenburg. Nur so sei für ihn der Ausbau denkbar.

Stadt und Region

Gestern Nachmittag beschäftigte sich auch der Planungsausschuss des Regionalverbandes mit dem Projekt. Dabei wurde eine Karlsruher Erklärung zum Güterverkehr verabschiedet. Ein Kernsatz dabei heißt: „Akzeptanz bei den Menschen erfordert einen vorausschau-

enden Lärmschutz entlang des Korridors, sowohl bei der Trassenwahl als auch beim Betrieb, sowohl beim rollenden Material als auch an der Strecke und an den Gebäuden.“ Weiter fordert der Regionalverband von der Bahn Transparenz. Bei der Stadt ist die Bahn als potenzieller Planer noch nicht vorgestellt geworden – im Rathaus erklärt man sich dies dadurch, dass es sich noch um „Vorstudien“ handelt. Ähnlich formulierte es Regionaldirektor Gert Hager, der es „Bedarfsstudien“ nannte.

Treffen

Am 29. April trifft sich die Bürgerinitiative um 16 Uhr an der Haltestelle der S2 Bahnhof Hagsfeld mit Abgeordneten, Stadträten und der Stadtverwaltung. Die Initiative hat auch eine Homepage, nämlich www.hagsfeld-zweigleisig.de

Baut Bruker 140 Stellen ab?

Flugblatt der IG Metall, mit betriebsbedingten Kündigungen rechnen. Aktuell fragten viele Mitarbeiter bei der IG Metall in der Ettlinger Straße wegen einer Beratung nach.

„Eine exakte Zahl kann derzeit nicht genannt werden. Die Diskussionen mit dem Betriebsrat dauern noch an“, erklärte gestern Marketing-Direktor Thorsten Thiel auf BNN-Nachfrage. Geplant seien von Seiten des Managements eine vorübergehende weltweite Reduktion der Mitarbeiterzahl in einer Größenordnung von etwa acht Prozent

bei 2 200 Beschäftigten. Aber es geht nicht um einen einseitigen Abbau, sondern um eine Reorganisation.

Die Einsparungen würden genutzt, um in anderen Branchen – angewandte Wissenschaften in Lebensmittelchemie oder klinische Forschung (biomedizinische Anwendungen der präklinischen Bildgebung) – zu investieren. Betroffen vom Stellenabbau sei vermutlich teilweise die Fertigung im Rhein- hafen. Allerdings hätten Mitarbeiter dort im Bereich Forschung und Entwicklung sowie Produktion von supraleitenden Hochfeldmagneten höchste Qualifikation. Stark wolle man in den Standort Ettlingen investieren, um dort ein erweitertes Kompetenzzentrum aufzubauen. Johannes-Christoph Weis

Eine Demo-Absage und vier weitere Anmeldungen

Emotionen schlugen am Dienstagabend hoch

eki. Am Sonntag wird es in Karlsruhe aller Voraussicht nach keinen Aufmarsch von Rechtsextremisten geben. Laut Stadtverwaltung wurde nämlich die Anmeldung für eine Demonstration unter dem Motto „Bürger Deutschlands gegen den Terror der Antifa und den radikalen Islamismus“ ohne Angaben von Gründen wieder zurückgezogen. Anfang der Woche hatten Leute aus dem Umfeld der Gruppe „Hooligans gegen Salafisten (Hogesa)“ die Demo-Flyer für die nun abgesagte Veranstaltung in sozialen Internet-netzwerken erstmals veröffentlicht.

Die rechtsgerichteten Pegida-Demonstrationen werden in der Fächerstadt allerdings wohl weiterhin stattfinden und bis Ende Mai sind im Zwei-Wochen-Rhythmus bereits vier weitere Dienstags-Kundgebungen des Karlsruher Pegida-Ablegers angemeldet. Und wenn sich der Trend der bisherigen sechs Demonstrationen fortsetzt, könnten danach jedes Mal wieder gut 100 Leute aus dem gesamten Südrheinland Fahnen schwenkend und Parolen skandierend durch die Innenstadt ziehen. Während auch Vorgestern die meisten der Pegida-Demonstranten die Kundgebungen eher gelangweilt verfolgten, schlugen beim anschließenden „Spaziergang“ durch die westliche Innenstadt die Emotionen hoch. Angeführt von zahlreichen Menschen in den Shirts

der Hooligan-Gruppe „Berserker Pforzheim“ sowie Männern in blauweißen Trikots und mit Fanschals des KSC erinnerte der Aufzug streckenweise eher an den Marsch von grölenden Fußballfans zum Stadion als an eine politische Demonstration. Mit fröhlichen Fangesängen hatte der martialische Spaziergang allerdings wenig zu tun, immer wieder wurden Sprechgesänge aus dem rechten

Lager angestimmt und als ein Gegen-demonstrant mit Antifa-Flagge in die unmittelbare Nähe des Spaziergangs gelangte, hatte das Anti-Konflikt-Team der Polizei alle Hände voll zu tun, um eine Eskalation zu verhindern. Von den Anwohnern, die das Spektakel aus den Fenstern und von den Balkonen beobachteten, ernteten die Pegida-Spaziergänger überwiegend Kopfschütteln. Nach Angaben des Ordnungsamts wurde mit Kargida-Anmelder Thomas Rettig „rund drei Stunden lang“



BEGLEITET von der Polizei zog Pegida durch die Innenstadt.
Foto: jodo

über die Länge und Verlauf der Wegstrecke verhandelt und auch während des Spaziergangs zeigte sich Rettig wenig kompromissbereit. Inzwischen verfolgt auch die AfD, für die Rettig im vergangenen Frühjahr um den Einzug in den Gemeinderat kandidierte, die zunehmende Radikalisierung von Kargida mit Skepsis und nach anfänglicher Zurückhaltung will die Karlsruher AfD das Thema nun am Freitag intern behandeln. ■ Kommentar

Anwältin der Frauenrechte

Erna Scheffler war zwölf Jahre lang die erste und einzige Bundesverfassungsrichterin

Wenn Mama und Papa sich in Erziehungsfragen nicht einig waren, hatte der Mann das letzte Wort: Im Adenauer-Deutschland hielt der Gesetzgeber den „väterlichen Stichtentscheid“ für durchaus vereinbar mit Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen

sind gleichberechtigt“. Karlsruhe sah es anders. Und weil der Präsident des Bundesverfassungsgerichts erkrankt war, verkündete Erna Scheffler 1959, dass der Stichtentscheid nichtig sei. Sie soll dabei gelächelt haben. Scheffler war damals die einzige Verfassungsrichterin; Benachteiligungen aller Art konnte sie zur Genüge.

Als Erna Friedenthal zu Kaisers Zeiten Jura studierte, durften Frauen noch keine Staatsexamina ablegen – es blieb ihr nichts anderes übrig, als den Doktor zu machen und als Anwältin zu arbeiten. Die Staatsprüfungen absolvierte sie erst 1922 und 1925. In der Nazi-Zeit erhielt sie als „Halbjüdin“ Berufsverbot; auch die Heirat mit ihrem späteren Mann Georg Scheffler wurde ihr untersagt.

Nach Kriegsende war die politisch unbelastete Erna Scheffler als Landgerichtsdirektorin in Berlin und später als Verwaltungsgerichtspräsidentin in Düsseldorf tätig. Viel Beachtung fand ein

Vortrag, den sie 1950 beim Deutschen Juristentag zum Thema Gleichberechtigung hielt. Im Jahr darauf wurde sie als erste Frau ans Bundesverfassungsgericht berufen, das in Karlsruhe die Arbeit aufnahm. Jahrzehntlang gab es dort nicht mehr als eine Richterin.

Eine „Anwältin der Frauenrechte“ blieb Erna Scheffler, als sie 1963 die rote Robe ablegte. Die in Wolfartsweier wohnende Pensionärin engagierte sich unter anderem im Deutschen Akademikerinnenbund und im Verband berufstätiger Frauen. Die Forderungen, die sie stellte, muten bis heute aktuell an: Damit künftige Frauengenerationen nicht von „Haushalt und Kindern aufgefressen“ würden, sollten sich Männer verstärkt in der Familie engagieren. Außerdem müssten Kindertagesstätten und Ganztagschulen ausgebaut werden. Erna Scheffler starb 1983 knapp 90-jährig in London, als sie ihre Tochter besuchte. Annette Borchardt-Wenzel

Karlsruhe
und seine
Köpfe

Folge 86



ALLEIN UNTER MÄNNERN: Erna Scheffler (1893 bis 1983).
Foto: Stadtarchiv